

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ratsbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung Verwaltungssteuerung	Datum 02.12.2005
	Schriftführung Telefon-Nr. 02202/142245
Niederschrift	
Rat	Sitzung am 17.11.2005
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:04 Uhr – 21.50 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 29.09.2005 - öffentlicher Teil -
532/2005**
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5. Hebesatzsatzung der Stadt Bergisch Gladbach für die Haushaltsjahre 2005 und 2006
564/2005**
- 6. Stellenplan 2005 / 2006**
 - A) Stellenanhebungen - Arbeiter -**
 - B) Stellenanhebungen - Angestellte -**
 - C) Stellenanhebungen - Beamte -**

D) Stellenanhebungen - Beamte Feuerwehr -

E) Neue Stellen

F) Stelleneinsparungen

452/2005

7. **Haushaltssatzung und Haushaltssicherungskonzept der Stadt Bergisch Gladbach für die Haushaltsjahre 2005/2006 und das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2004 - 2008**
548/2005
8. **Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006 und Finanzplanung 2005 bis 2009**
447/2005
9. **Wirtschaftsplan der städtischen Kultureinrichtung "GL-Kultur/Kulturbetrieb Bergisch Gladbach" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006**
401/2005
10. **Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach für die Wirtschaftsjahre 2005 / 2006**
426/2005
11. **Wirtschaftspläne eigenbetriebsähnlicher Einrichtungen**
- 11.1 **Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006**
419/2005
- 11.2 **Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "StadtGrün Bergisch Gladbach" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006**
410/2005
- 11.3 **Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006**
414/2005
- 11.4 **Wirtschaftspläne 2005 und 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen "Verkehrsflächen", "StadtGrün" und "Abwasserwerk"**
hier: Auswirkungen aus der Investitions-Prioritätenliste - Stand: 14.09.2005
569/2005
12. **Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006**
550/2005
13. **Kassenkreditsatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2006**
544/2005
14. **Einwohnerfragestunde**

549/2005

15. **Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 2 BauGB**
352/2005
16. **Innenstadt Bergisch Gladbach;
- Projektentwicklung am Standort "Parkhaus/ehemaliger Busbahnhof"**
600/2005
17. **Aufhebung der Richtlinien für die Übernahme der Telefonanschlußkosten und Telefongrundgebühren durch die Stadt Bergisch Gladbach**
436/2005
18. **Aufhebung der Richtlinien zur Förderung von Wohnraumanpassungsmaßnahmen für ältere Menschen**
450/2005
19. **Anträge der Fraktionen**
- 19.1 **Antrag der Stadtratsfraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e.V. vom 02.11.2005 zur Wiederherstellung der Tempo 30-Zone in den Straßen In der Auen und Beningsfeld**
598/2005
- 19.2 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.11.2005 zum Doppelhaushalt 2005/2006**
599/2005
20. **Anfragen der Ratsmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil -**

2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 29.09.2005 - nichtöffentlicher Teil -**
 533/2005

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

4. **Grundstücksangelegenheit;**
 Abschluss eines Grundstücksvertrags im Bereich Stadtmitte
 570/2005

5. **Anfragen der Ratsmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

@-> Bürgermeister Orth eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Rat rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen wurde sowie beschlussfähig ist.

Er benennt folgende relevanten Sitzungsunterlagen:

1. die Einladung vom 4.11.2005 mit den beigefügten Vorlagen und
2. die Anlage zur Tagesordnung i. d. F. vom 16.11.2005 mit den beigefügten Vorlagen zu den Punkten 7 und 19.2 des öffentlichen Teiles sowie einen Antrag von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 15.11.2005 zur Zukunft der Villa Zanders, die allen Ratsmitgliedern als Tischvorlage überreicht wurde.

Er schlägt vor, den Antrag von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Villa Zanders gemeinsam mit Punkt A 7 zu behandeln. Hierüber besteht Einvernehmen.

Des weiteren weist er darauf hin, dass der Antrag von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zu Punkt A 19.2 in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 15.11.2005 mitbehandelt wurde. Mit den Beschlussempfehlungen dieses Ausschusses sei der Antrag inhaltlich erledigt, weshalb er vorschlägt, dass dieser zurückgezogen wird.

Frau Ryborsch besteht darauf, dass der Antrag auf der Tagesordnung bleibt.

Daraufhin schlägt Bürgermeister Orth vor, auch diesen Antrag gemeinsam mit Punkt A 7 zu behandeln. Auch hierüber besteht Einvernehmen.

<-@

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

@-> Die Niederschrift wird genehmigt.

<-@

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 29.09.2005 - öffentlicher Teil -

@-> Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

<-@

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

@-> Es gibt keine Mitteilungen.

<-@

5. Hebesatzsatzung der Stadt Bergisch Gladbach für die Haushaltsjahre 2005 und 2006

@-> Herr Dr. Lahn stimmt der vom Finanz- und Liegenschaftsausschuss vorgeschlagenen Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer A und B und Gewerbesteuer nicht zu. Die Bürger zahlten im Vergleich zum Jahr 2000 inzwischen das Doppelte der Zuwachsrate bei den Steuern als die Wirtschaft. Dies sei nicht vertretbar, da bereits über die anderen Gebühren und Abgaben eine übermäßige Belastung erfolge.

Sodann fasst der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg und bei einer Gegenstimme aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss:**

Die Hebesatzsatzung der Stadt Bergisch Gladbach für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 wird in der Fassung der Vorlage unter Berücksichtigung der hinsichtlich der Hebesätze erfolgten Beschlussempfehlung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses beschlossen.

<-@

@->

<-@

6. Stellenplan 2005 / 2006

A) Stellenanhebungen - Arbeiter -

B) Stellenanhebungen - Angestellte -

C) Stellenanhebungen - Beamte -

D) Stellenanhebungen - Beamte Feuerwehr -

E) Neue Stellen

F) Stelleneinsparungen

@-> Frau Ryborsch stellt fest, dass Bergisch Gladbach mit 110.000 Einwohnern und weniger als 1000 Mitarbeitern bei der Verwaltung eine sehr gute Relation aufweise. Die Stadt Bonn habe demgegenüber beispielsweise über 6000 Mitarbeiter bei etwa 300.000 Einwohnern. Die Verwaltungsreform in den Neunziger Jahren habe dazu geführt, dass 153 Stellen eingespart wurden. Seit Jahren gebe es in nennenswertem Umfang keine Stellenanhebungen oder Stellenneubesetzungen mehr. Letzteres verursache mehr und mehr Schwierigkeiten und behindere ordentliche Arbeitsabläufe. Auf Grund dessen hätten die städtischen Mitarbeiter unter schwierigen Bedingungen Außerordentliches zu leisten. Sie kündigt zur Problematik der unbesetzten Stellen einen Antrag für den kommenden Hauptausschuss an.

Herr Albrecht verteidigt die Vorgehensweise in der Personalpolitik der vergangenen Jahre. Man sei frühzeitig darangegangen, die personellen Ressourcen auf die Felder zu verteilen, in denen sie gebraucht würden. Der Vergleich mit der Stadt Bonn sei unangebracht, da diese wesentlich mehr Einrichtungen unterhalte als die Stadt Bergisch Gladbach. Notwendige Stellenbesetzungen habe die Verwaltung aus den eigenen Reihen vorzunehmen.

Herr Schütz gesteht zu, dass die Mitarbeiter der Verwaltung einen Anspruch auf eine angemessene Bezahlung hätten. Der Druck werde in Zukunft sicherlich noch weiter steigen, was allerdings unvermeidbar sei. Personalmaßnahmen werde jedoch haushaltsseitig eine klare Grenze gesetzt. Er spricht sich gegen die im Stellenplan vorgesehenen Stellenanhebungen aus. Diese seien angesichts von 5 Millionen Arbeitslosen nicht zu verantworten. Zudem gebe es andere Möglichkeiten, Mitarbeiter zu fördern. Eine Möglichkeit seien öffentliche Belobigungen.

Bürgermeister Orth merkt an, dass es um Stellenanhebungen und nicht um konkrete Beförderungen gehe. Eine Beförderung sei aber die Voraussetzung für die Zahlung eines höheren Gehaltes. Dies gestalte sich aufgrund der restriktiven Vorgaben des Nothaushaltes jedoch als äußerst schwierig. Es gebe zudem eine ganze Reihe von Mitarbeitern, die bereits seit Jahren auf höherwertigen Stellen säßen, ohne die entsprechende Bezahlung hierfür zu erhalten.

Herr Dr. Lahn weist darauf hin, dass 1976 bei der Stadt Bergisch Gladbach 556 Beamte und Angestellte beschäftigt gewesen sein. Per 01.04.2005 seien es 817,5. Die Zahl der Arbeiter habe sich von 272 auf 215,5 verringert, wobei er die Mitarbeiter der BGLE berücksichtigt habe. Diese erheblichen Änderungen über die Jahre hinweg seien natürlich auch strukturell bedingt, weil sich durch die Einführung neuer Techniken wie EDV z. B. die Anzahl der Schreibkräfte verringert habe. 1976 seien im Bereich des ehemaligen Stadtdirektors zwei Mitarbeiter beschäftigt gewesen, heute seien es im Bereich des Bürgermeisters acht. Die Anzahl der Ingenieure sei im benannten Zeitraum von 39 auf 109 gestiegen. Zusätzlich werde ein erheblicher Teil an Ingenieurleistungen extern eingekauft. Vor dem Hintergrund dieser Zahlen sehe er es als erforderlich an, die vorhandenen Ressourcen genau zu prüfen und die Personalführung zu optimieren. Er erwarte, dass in diesem Bereich stringenter als bisher gearbeitet werde.

Bürgermeister Orth entgegnet, dass dies bereits der Fall sei.

Herr Lang weist darauf hin, dass ein Unterbleiben von Beförderungen in den unteren Dienststrängen zu Recht zu Enttäuschungen führe. Hier müsse eine Änderung eintreten. Er geht davon aus, dass eine Neueinstellung Kosten in der Höhe von etwa 20 Beförderungen verursache. Daher sei seine Fraktion gegen jede Neueinstellung, auch gegen diejenige einer neuen Marketingfachkraft für den Bürgermeister. Dieser sei selbst in der Lage, für sich zu werben. Wichtiger sei, dass dem mittleren und gehobenen Dienst künftig wieder mehr Chancen eingeräumt würden. Die in der Verwaltung erzielten Arbeitsergebnisse würden hiervon maßgeblich profitieren. Er möchte wissen, ob sich Bürgermeister Orth auftragsgemäß beim Landrat für Beförderungen in diesen Verwaltungsebenen eingesetzt habe. Stellenanhebungen seien im übrigen die Voraussetzung für Beförderungen. Er stellt den Antrag, dass über die Schaffung der neuen Stellen getrennt abgestimmt wird.

Herr Jung erläutert, dass in dem von Herrn Dr. Lahn bezeichneten Zeitraum das Jugendamt vom Kreis zur Stadt verlagert, ein neues Klärwerk gebaut wurde und zahlreiche neue Aufgaben aufgrund gesetzlicher Vorgaben zu übernehmen waren.

Auch Herr Dr. Kassner bekräftigt, dass die kommunalen Aufgaben in den vergangenen Jahrzehnten erheblich angestiegen seien. Es gebe zudem eine erhöhte Rechtsdichte, was zu einem veränderten Umgang mit dem jeweiligen Arbeitsgebiet geführt habe.

Es sei selbstverständlich, dass hieraus eine erhöhte Mitarbeiterzahl resultiere.

Fachbereichsleiter Kreilkamp informiert darüber, dass die Stadt Bergisch Gladbach in diesem Jahr vom Gemeindeprüfungsamt geprüft wurde. Die Stadt habe nicht nur einen guten Platz im Ranking erreicht, sondern sei von der Behörde auch gefragt worden, ob das hiesige Vorgehen zur Personalreduzierung als positives Beispiel in das Internet eingestellt werden könne. Selbstverständlich sei die Anzahl der qualifizierten Kräfte in der Verwaltung gestiegen. Es gebe heute gegenüber den siebziger Jahren wesentlich mehr Bereiche, für die ein qualifizierter Fachhochschulabschluss zwingend vorgeschrieben sei. Für den gehobenen Dienst sei eine Fachhochschulausbildung bereits seit 1976 vorgesehen.

Sodann fasst der Rat zunächst mehrheitlich gegen die Stimmen der KIDinitiative folgenden **Beschluss**:

A. Die in der Vorlage benannten Arbeiterstellen werden im Stellenplan 2005/2006 angehoben.

B. Die in der Vorlage benannten Angestelltenstellen werden im Stellenplan 2005/2006 angehoben.

C. Die in der Vorlage benannten Beamtenstellen werden im Stellenplan 2005/2006 angehoben.

D. Die in der Vorlage benannten Beamtenstellen im Bereich der Feuerwehr werden im Stellenplan 2005/2006 angehoben.

F. Die in der Vorlage benannten Stelleneinsparungen werden vorgenommen.

Im Anschluss daran fasst der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der KIDinitiative und der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgenden **Beschluss**:

E. Die in der Vorlage benannten neuen Stellen werden im Stellenplan 2005/2006 eingerichtet.

<-@

@->

<-@

7. **Haushaltssatzung und Haushaltssicherungskonzept der Stadt Bergisch Gladbach für die Haushaltsjahre 2005/2006 und das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2004 - 2008**

@->

und

<-@

@->

<-@

19.2 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.11.2005 zum Doppelhaushalt 2005/2006**

@->

Die Vorsitzenden aller dem Rat angehörenden Fraktionen halten zunächst ihre Haushaltsreden. Die Manuskripte derselben sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Sodann erläutert Herr Freese die Beratungsergebnisse aus der Sitzung des Finanz-

und Liegenschaftsausschusses vom 15.11.2005. Er stellt klar, dass für die heutigen Beratungen nur noch die Beschlussvorlage maßgeblich sei, die Bestandteil der Tischvorlage ist. Diese enthalte vor allem die geänderten Listen i. d. F. vom 16.11.2005. Die vom Fachausschuss empfohlenen Änderungen ergäben sich aus den Seiten 10,11, 12,16 und 17. Zur Haushaltsstelle 550.718.00 sei die Erläuterung in ihrem letzten Satz um die Begriffe „ 31.12.2006 erfolgen “ zu ergänzen. Dieser Satz sei versehentlich unvollständig abgedruckt worden.

Danach erläutert Frau Ryborsch den Antrag ihrer Fraktion vom 15.11.2005 zur Villa Zanders. Sie erinnert daran, dass die Stadt das Gebäude von der Familie Zanders geschenkt bekam und es anschließend zu dem machte, was es heute darstelle. Ein Erhalt der städtischen Galerie rechtfertige sich daher bereits aus dem bislang betriebenen finanziellen Aufwand. Die derzeit angedachten Maßnahmen bedeuteten ein langsames Sterben der Galerie und stellten eine Kapitalvernichtung dar. Mit einem vernünftigen Konzept sei es möglich, den im Haushalt dargestellten Einsparungsbetrag in Höhe von 164.000 € zu erwirtschaften. Hieran fehle es in den Diskussionen, die bislang geführt wurden. Sie wünsche, dass die Verwaltung das weitere Handeln koordine und die richtigen Leute an einen gemeinsamen Tisch hole.

Bürgermeister Orth bewertet den Antrag als populistisch, da sich die Verwaltung durchaus bereits Gedanken um eine zukünftige Nutzung der Villa Zanders gemacht habe. In der Zielvorstellung sei sie sich mit dem Antrag einig. Eine rein betriebswirtschaftliche Ausrichtung der Nutzung bedinge einen künftigen Eintrittspreis von mehr als 500 €. Dies könne nicht im Interesse der Beteiligten liegen. Er empfiehlt dem Rat, dem Antrag nicht zuzustimmen, da die Verwaltung die feste Absicht habe, das in Bezug auf das Gebäude formulierte Einsparziel für 2006 zu erreichen, ohne bestehende Strukturen und bestehendes Mäzenatentum zu zerstören.

Frau Ryborsch kritisiert, dass unter Umständen bereits bestehende Vorstellungen der Verwaltung hinsichtlich der Zukunft der Villa Zanders zumindest ihrer Fraktion noch nicht vorgestellt wurden. Sie halte ihren Antrag aufrecht und gehe davon aus, dass die Verwaltung im kommenden Jahr ein Konzept vorlege.

Frau Beisenherz- Galas weist den Vorwurf des Populismus zurück. Um den Bestand der Villa Zanders zu sichern, sei Verbindlichkeit notwendig.

Frau Koshofer bedauert, dass der Rat über die Vorstellungen der Verwaltung zur Villa Zanders heute nicht in Form einer Tischvorlage informiert werde. Sie geht davon aus, dass insbesondere das Erdgeschoss des Gebäudes stärker als bisher genutzt werden könne.

Für Herrn Lang ist es unlogisch, das gleiche Ziel wie im Antrag von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN formuliert zu verfolgen und gleichzeitig dessen Ablehnung vorzuschlagen.

Herr Mömkes hält die Erarbeitung nicht nur eines betriebswirtschaftlichen, sondern auch eines ideellen Konzeptes für notwendig. Er kündigt diesbezüglich für die kommende Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport einen Antrag seiner Fraktion an. Dem Antrag von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN könne nicht Folge geleistet werden.

Für Herrn Dr. Miede sind Einsparungen in einem nennenswerten Umfang nur im Bereich der freiwilligen Leistungen zu erzielen. Er fordert BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN auf zu benennen, aus welchen anderen Bereichen der ausgewiesene Einsparbetrag in Höhe von 164.000 € genommen werden könne.

Bürgermeister Orth weist darauf hin, dass eine Behandlung der Angelegenheit in der kommenden Sitzung des Fachausschusses ohnehin vorgesehen sei. In Abstimmung mit der Verwaltung solle dort ein Konzept für die künftige Nutzung der Villa Zanders auf den Weg gebracht werden. Insoweit sei eine Entscheidung über den Antrag von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN überflüssig.

Frau Beisenherz- Galas wünscht eine Entscheidung unmittelbar im heutigen Rat.

Herr Mömkes entgegnet, dass für die Entscheidung über die Inhalte eines Konzeptes der Fachausschuss zuständig sei.

Sodann fasst der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, der KIDinitiative und der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg bei zwei Stimmenthaltungen aus den Reihen der FDP folgenden **Beschluss:**

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 15.11.2005 zur Villa Zanders wird abgelehnt.

Danach nimmt Herr Ziffus zur Tischvorlage hinsichtlich des Antrages seiner Fraktion vom 02.11. 2005 zum Doppelhaushalt 2005/2006 Stellung. Bis auf die im Finanz- und Liegenschaftsausschuss gemeinsam verabschiedeten Antragsteile sei der Antrag im übrigen dort abgelehnt worden. Er reduziere den Antragsinhalt daher auf die in die aktuelle Beschlussvorlage zu Punkt 7 eingeflossenen Bestandteile, über die im Rahmen der Gesamtentscheidung ohnehin befunden werde.

Zuletzt fasst der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, der KIDinitiative, der FDP und der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgenden **Beschluss:**

Die Haushaltssatzung und das Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2005/2006 sowie das Investitionsprogramm für die Jahre 2004 – 2008 werden unter Berücksichtigung der vom Finanz- und Liegenschaftsausschuss vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

<-@

14. **Einwohnerfragestunde**

@-> Einwohneranfrage zum Status der Stadt Bergisch Gladbach als kreisangehörige Stadt

-

Bürgermeister Orth verliest ein Schreiben von Herrn Klaus Hoffmann zur oben angegebenen Problematik. Er weist darauf hin, dass Herr Hoffmann die gleiche Einwohneranfrage schon einmal beantwortet wurde. An den seinerzeit geschilderten Fakten habe sich nichts geändert, weshalb er von einer erneuten Behandlung in der heutigen Sitzung absehe.

<-@

8. Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006 und Finanzplanung 2005 bis 2009

@-> Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgenden **Beschluss:**

<-@

@-> Die Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach“ für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006 und die Finanzplanung 2005 bis 2009 werden beschlossen.

<-@

9. Wirtschaftsplan der städtischen Kultureinrichtung "GL-Kultur/Kulturbetrieb Bergisch Gladbach" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006

@-> Herr Dr. Baeumle- Courth ist der Auffassung, dass der Wirtschaftsplan auf Grund der Äußerungen von Herrn Dr. Miede zu Punkt 7 des öffentlichen Teiles erneut im Fachausschuss zu behandeln sei.

Herr Dr. Miede antwortet, dass der Rat soeben in finanzieller Hinsicht eine Entscheidung getroffen habe. Die Beratungen über den konzeptionellen Teil stünden im Fachausschuss nunmehr bevor.

Herr Nagelschmidt merkt an, dass für den Wirtschaftsplan eine privatwirtschaftliche Sichtweise empfehlenswert ist. Die Entscheidung über das, was machbar sei, werde dann im Rahmen des zur Verfügung stehenden Budgets getroffen.

Für Herrn Ziffus ist es sinnvoll, zuerst über die Wirtschaftspläne zu befinden und dann erst über die Haushaltssatzung. Er regt an, nach der Entscheidung über die Wirtschaftspläne Punkt 7 erneut zu erörtern.

Sodann fasst der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg, der KIDinitiative und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss:**

<-@

@-> Der Wirtschaftsplan „GL Kultur/Kulturbetrieb Bergisch Gladbach“ für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006 wird wie vorgelegt festgestellt.

<-@

10. Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach für die Wirtschaftsjahre 2005 / 2006

@-> Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgenden **Beschluss:**

<-@

@-> Die Wirtschaftspläne des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach für die Wirtschaftsjahre 2005 / 2006 werden in der Fassung der Entwürfe vom

20.06.2005 festgestellt.

<-@

11. Wirtschaftspläne eigenbetriebsähnlicher Einrichtungen

11.1 Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006

@-> und

<-@

@-> <-@

11.2 Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "StadtGrün Bergisch Gladbach" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006

@-> und

<-@

@-> <-@

11.3 Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006

@-> und

<-@

@-> <-@

11.4 Wirtschaftspläne 2005 und 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen "Verkehrsflächen", "StadtGrün" und "Abwasserwerk"
hier: Auswirkungen aus der Investitions-Prioritätenliste - Stand: 14.09.2005

@-> Auf Anfrage von Herrn Dr. Fischer bestätigte Bürgermeister Orth, dass der Wirtschaftsplan 2006 für StadtGrün entsprechend dem soeben gefassten Haushaltsbeschluss um einen Reduktionsbetrag in Höhe von 70.000 € anzupassen sein.

Herr Neuheuser bittet um eine getrennte Abstimmung.

Sodann fasst der Rat zunächst mehrheitlich gegen die Stimmen der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgenden **Beschluss:**

Die Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „ Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach “ für die Jahre 2005 und 2006 werden in der dem Rat am 15.7.2005 vorgestellten Fassung einschließlich der im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 8. 09. und 3.11.2005 empfohlenen Änderungen beschlossen.

Danach fasst der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der KIDinitiative, der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg und von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss:**

1. **Die Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Stadt-Grün Bergisch Gladbach “ für die Jahre 2005 und 2006 werden in der dem Rat am 5.7.2005 vorgestellten Fassung einschließlich der im Aus-**

schuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 8. 09. und 3.11.2005 empfohlenen Änderungen beschlossen.

2. Die Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach“ für die Jahre 2005 und 2006 werden in der dem Rat am 5.7.2005 vorgestellten Fassung einschließlich der im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 8. 09. und 3.11.2005 empfohlenen Änderungen beschlossen.

<-@
@-> <-@
12. Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung" für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006

@-> Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg bei Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss:**

@-> <-@
Der Wirtschaftsplan für die Wirtschaftsjahre 2005 und 2006 sowie der Investitionsplan für die Jahre 2005 bis 2009 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“ werden beschlossen.

<-@
13. Kassenkreditsatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2006

@-> Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg, der KIDinitiative und von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss:**

@-> <-@
Die Kassenkreditsatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2006 wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

<-@
15. Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 2 BauGB

@-> Frau Schmidt- Bolzmann spricht sich gegen den Beschlussvorschlag aus und appelliert in diesem Sinne vor allem an die SPD- Fraktion. Sie erinnert daran, dass sich die SPD in Kommunalwahlaussagen gegen die Planung einer Entlastungsstraße auf dem ehemaligen Bahndamm ausgesprochen habe. Stimme diese Fraktion heute der Satzung zu, bewirke sie lediglich, dass einzelne, ihr nahe stehende Personen die Möglichkeit erhielten, ihre im Bereich des Bahndamms zu spekulativen Zwecken erworbenen Grundstücke an die Stadt zu verkaufen. Diese wiederum tätige den Erwerb zu Gunsten einer vollkommen aussichtslosen Angelegenheit. Wer sei jemals in der Lage, 250 bis 300 Millionen € für den Bau eines Tunnels aufzubringen? Hinzu seien noch eine Million € an jährlichen Betriebskosten zu rechnen.

Bürgermeister Orth merkt an, dass die dargestellte Position der SPD aus dem vorletzten Kommunalwahlkampf stamme.

Herr Dr. Baeumle- Courth hat Verständnis dafür, dass über die Satzung auf Grund eines Rechtschreibfehlers erneut zu befinden sei. Dennoch werde seine Fraktion erneut gegen diese stimmen.

Frau Schmidt- Bolzmann möchte wissen, welches Geld die Verwaltung ggf. für den Ankauf eines ihr angebotenen größeren Grundstückes im Bereich der Kölner Straße verwenden wolle.

Bürgermeister Orth antwortet, dass die Verwaltung zum Zeitpunkt eines solchen Angebotes unter Einbindung aller zuständigen Aufsichtsbehörden alle Möglichkeiten zum Erwerb prüfen werde.

Sodann fasst der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und der FDP folgenden **Beschluss:**

<-@

@->

- 1. Die Satzung über ein gemeindliches Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 2 BauGB für den Bereich des S-Bahnhofs, des „Gleisdreiecks“ und der Trasse der dauerhaft stillgelegten Personen und Güterzugstrecke der Bahn AG und angrenzender Grundstücke bis zur Brüderstraße vom 18.03.2005 wird aufgehoben.**
- 2. Zur Sicherung der städtebaulichen Entwicklung im Bereich des S-Bahnhofs, des „Gleisdreiecks“ und der Trasse der dauerhaft stillgelegten Personen und Güterzugstrecke der Bahn AG und angrenzender Grundstücke bis zur Brüderstraße wird die Satzung über ein besonderes gemeindliches Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 2 Baugesetzbuch (BauGB) erlassen. Die als Anlage beigefügte Karte mit der Übersicht über den Geltungsbereich des Vorkaufsrechts ist Bestandteil der Satzung.**

<-@

16.

Innenstadt Bergisch Gladbach:
- Projektentwicklung am Standort "Parkhaus/ehemaliger Busbahnhof"

@->

Herr Hagen und Herr Nagelschmidt begeben sich in den Zuschauerraum, da sie befangen sind.

Herr Brenneiser gibt zum Tagesordnungspunkt eine Stellungnahme ab. Diese ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Für Frau Hammelrath ist es erforderlich, alle Chancen und Risiken gegeneinander abzuwägen. Das Risiko in Bezug auf den heute zu fassenden Beschluss sei finanzieller Natur. Die Ursachen hierfür lägen in Fehlentscheidungen in der Vergangenheit und in einem zu langen Zaudern der Bauleitplanung. Bei der Fußgängerzone sei ein konsequentes Handeln zu lange versäumt worden. Die Chancen überwiegen jedoch die Risiken, weil nunmehr zwei markante Stellen der Innenstadt ansprechend gestaltet werden könnten. Resultate seien ein neues Angebot zusätzlicher Geschäfte und eine Attraktivierung bereits vorhandener Kaufzeilen, insbesondere der Grünen Ladenstraße. Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit, Kaufkraft in der Stadt zu halten, sei es notwendig, dem Beschlussvorschlag zu folgen. Anschließend könne unverzüglich die Bauleitplanung in Gang gesetzt werden mit der Aufgabe, eine städtebaulich ansprechende Planung der Projekte zu bewirken, damit die Stadt ihre mit dem Beschluss

einhergehende Verpflichtung erfülle.

Herr Lang stellt folgende Fragen:

Warum werde in der Presseberichterstattung immer ein Betrag von 9 Millionen € genannt, während im Haushaltsplan eine Summe von 9.668.000 € veranschlagt werde?

Mache der Differenzbetrag keinen Unterschied, wenn es um eine einzelne Person gehe? Es sei in anderen Bereichen über Wochen hinweg um eine Einsparsumme in Höhe von 700.000 € gerungen worden.

Warum sei seiner Fraktion nicht mitgeteilt worden, dass sich die Verwaltung entsprechend der heutigen Presseberichterstattung nach dem Wegfall der Geschäftsgrundlage erkundigt habe und hierzu ein Gutachten vorliege? Es sei die Absicht seiner Fraktion, die in Rede stehenden 3,5 Millionen € zu Gunsten der Stadt zu vereinnahmen. Warum habe seine Fraktion das Gutachten nicht erhalten?

Warum werde seiner Fraktion der neueste Vertrag mit dem Investor Hahn nicht vorgelegt? Sei es richtig, dass die Stadt in diesem bereits als Vertragspartner genannt werde und der Vertrag von ihr bereits unterzeichnet wurde? Wer halte sich dafür berechtigt, eine solche Unterzeichnung zu veranlassen, bevor der Rat entschieden habe?

Treffe es zu, dass das Grundstück bereits über seinen zur Zeit angenommenen Verkaufswert hinaus erheblich belastet sei? Welcher Schaden könne hierdurch der Stadt entstehen? Sei dies geprüft worden? Warum sei seine Fraktion nicht über die Grundbuchauszüge informiert worden? Sei im Grundbuch ein Rückkaufsrecht eingetragen, und wenn nein, warum nicht? Habe sich die Stadt im aktuellen Vertrag ein Rücktrittsrecht vorbehalten, und wenn nein, warum nicht?

Sei die Höhe des angeblichen Verlustes und dessen Art der Verwaltung bekannt?

Danach stellt Herr Lang folgenden Antrag:

1. Der Kaufvertrag mit den Investor Hahn ist rückabzuwickeln, damit die Stadt Bergisch Gladbach den Gewinn von 3,5 Millionen € selbst erhält.
2. Die Bevölkerung von Bergisch Gladbach ist über die Pläne beider Investoren für die Innenstadt umfassend aufzuklären. Hierbei ist Gelegenheit für eine Abgabe von Bedenken und Anregungen zu geben.

Er geht zu 2. seines Antrages davon aus, dass nicht der Buchstabe des Gesetzes, sondern das Interesse der Bürgerschaft an einer umfassenden Information ausschlaggebend sei.

Bürgermeister Orth wirft ein, dass er die von Herrn Lang gestellten Fragen im öffentlichen Teil der Sitzung nicht beantworten werde, da diese ausnahmslos in den nicht-öffentlichen Teil gehörten.

Herr Lang entgegnet, dass das, was bereits Gegenstand einer Presseberichterstattung war, sehr wohl öffentlich diskutiert werden könne. Die Gemeindeordnung gebe vor, dass die Öffentlichkeit über alles zu informieren sei. Von dieser Vorschrift gebe es

nur wenige Ausnahmetatbestände. Ein solcher sei mit der Absicht, einer bestimmten Person einen Gewinn zu verschaffen oder nicht, nicht erfüllt. Es gehe seiner Fraktion darum, dass neben der Bürgerschaft auch alle Ratsmitglieder umfassend informiert würden. Er erinnert daran, dass der Investor Hahn trotz eines auf Initiative seiner Fraktion erfolgten Ratsbeschlusses nicht dazu bereit gewesen sei, sein Projekt im Rat zu präsentieren. Der Bürgermeister hätte zum heutigen Sachstand in jedem Fall alle Fraktionen informieren müssen. Dieser habe es versäumt, den Fraktionen die Pläne der aktuell in Rede stehenden Vorhaben zu zeigen. Damit sei das Informationsrecht seiner Fraktion verletzt worden.

Gesehen habe diese allerdings die Pläne des konkurrierenden Investors. Sie mache sich weder zu Gunsten des einen noch des anderen Investors zu einem Lobbyisten, verlange allerdings, dass eine Jahrhundertentscheidung wie die anstehende sorgfältig unter Einbeziehung der Bürgerschaft vorbereitet werde. Der Vorstand der SPD-Fraktion habe die Pläne des Konkurrenten gesehen, nicht jedoch die übrigen Mitglieder. Er empfiehlt dieser Fraktion, sich die Frage nach dem „warum“ zu stellen.

Bürgermeister Orth weist ausdrücklich die Behauptung zurück, dass im vorliegenden Fall Informationsrechte des Rates oder der Fraktion „Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg“ verkürzt oder nicht berücksichtigt wurden. Seinen Antworten auf die in der Vergangenheit durch letztere gestellten Fragen habe er nichts hinzuzufügen, auch wenn diese die Fraktion möglicherweise nicht zufrieden stellten. Die ansonsten heute gestellten Fragen gehörten in den nichtöffentlichen Teil.

Frau Alef gibt bekannt, dass sich ihre Fraktion am 7.11.2005 mit der Angelegenheit befasste und dort zur Kenntnis nahm, dass es mehrere interessierte Investoren gibt. Am 14.11.2005 habe ihre nicht vollzählig anwesende Fraktion von der Verwaltung und dem Investor Krämer Informationen zum Projekt erhalten. Das sowohl ihrer Fraktion als auch der Öffentlichkeit auferlegte Zeitraster sei wesentlich zu kurz. Es sei nicht in Ordnung, interessierte Investoren zu verprellen und ihnen die Möglichkeit zu verweigern, ihre Projekte vorzustellen. Nunmehr sei keine Möglichkeit gegeben zu entscheiden, ob es neben dem von der Verwaltung favorisierten Projekt noch etwas Besseres für die Stadt geben könne. Da auch juristische Bedenken bestünden, könne das sich aus dem Beschlussvorschlag ergebende Risiko nicht eingegangen werden.

Bürgermeister Orth entgegnet, dass die Problematik einer Neugestaltung der Innenstadt in den beiden fraglichen Bereichen seit etwa 20 Jahren bestehe. Die dem Rat für seine heutige Sitzung präsentierte Entscheidung sei von der Verwaltung nicht leichtfertig vorbereitet worden, sondern habe die Interessenlage der Investoren berücksichtigt.

Herr Dr. Baeumle-Courth hält es für einen schlechten Stil, wenn wichtige Ausschussunterlagen zwei Tage vor einer Sitzung zugestellt werden. Meistens geschehe dies sogar per Telefax. Regelmäßig ergebe sich dann die Diskussion, ob der betroffene Tagesordnungspunkt nicht auf Grund weiteren Beratungsbedarfs zu vertagen sei. Er geht davon aus, dass im vorliegenden Fall der unterlegene Investor klagen wird. Eine Neugestaltung der Stadtmitte an den beiden in Rede stehenden Standorten sei sinnvoll und werde von seiner Fraktion bereits seit langem gefordert. Entsprechend den erarbeiteten Gutachten habe der Schwerpunkt der künftigen Entwicklung in der unteren Hauptstraße zu liegen. Hier sei der größere Teil der künftigen Verkaufsflächen zu errichten. Er spricht sich für das von der Verwaltung favorisierte Projekt aus,

das allerdings ansprechender zu gestalten sei. Die Details, insbesondere auch eine Anbindung der Paffrather Straße, seien im Bauleitplanverfahren zu diskutieren. Er kritisiert, dass im vorliegenden Fall zuerst ein Vertrag geschlossen und dann über das eigentliche Projekt befunden werden soll. Das Löwen-Center könne trotz Realisierung des Krämer-Projektes erweitert werden. Die Grüne Ladenstraße sei künftig wieder besser anzugliedern.

Herr Albrecht stimmt den Ausführungen von Herrn Dr. Baumle-Courth in Bezug auf die Bauleitplanung zu. Er erinnert daran, dass es vor etwa 18 Jahren schon einmal gestalterische Vorstellungen für eine Neuordnung des Bereiches Parkhaus Nord gegeben habe, die den jetzigen des Investors Krämer ähnelten. Dieser vereinige künftig die Grundstücke an der unteren Hauptstraße und im Bereich des Parkhauses Nord in seiner Hand, womit die bislang jede Entwicklung behindernde Konkurrenzsituation beseitigt werde.

Herr Dr. Lahn hält es für sinnvoll, die konkurrierenden Projekte zunächst der Bürgerschaft vorzustellen. Die bauleitplanerischen Aspekte beider könnten zwar durchaus verwaltungsseitig abgewogen werden, aber werde den Bürgern werde eine Planung lediglich übergestülpt. Das Ergebnis eines solchen Handelns zeige sich u. a. in der Grünen Ladenstraße, die langsam dahin sterbe. Erreicht worden sei in den vergangenen 15 bis 18 Jahren, dass die Bürger in anderen Städten einkauften. Er weist darauf hin, dass beide Investoren sowohl den Bereich des Parkhauses Nord als auch die untere Hauptstraße entwickeln wollten. Die Netto-Verkaufsflächen seien beim Investor Krämer höher als beim Konkurrenten. Im Rat sei bislang zu keinem der beiden Projekte beraten worden. Er fühle sich aufgrund dessen nur schlecht informiert. Seine Stimme scheine im übrigen keinerlei Geltung mehr zu haben, da der Beschluss offenbar bereits im Vorfeld feststehe.

Bürgermeister Orth entgegnet, dass Herr Dr. Lahn lediglich eines von 66 Ratsmitgliedern sei. Im übrigen weist er die Äußerungen zurück.

Frau Graner spricht sich für das von der Verwaltung favorisierte Projekt aus, da durch dieses eine Entwicklung an zwei Standorten der Fußgängerzone initiiert werde. Künftig würden sich die Käuferströme zwischen den beiden Zentren bewegen und für eine Belebung der Einkaufszeile sorgen. Im Falle des Konkurrenz-Projektes würde sich der Käuferstrom auf einen Einkaufskomplex konzentrieren.

Frau Ryborsch weist auf die politische Verantwortung der CDU für die misslungene Innenstadtentwicklung in den vergangenen Jahren hin. Es sei pikant, dass das in Rede stehende Projekt nunmehr gemeinsam von SPD und CDU getragen werde. Die Art und Weise, wie die Angelegenheit vorangetrieben werde, habe bereits wieder etwas Verdächtiges. Die Entwicklung an den beiden genannten Standorten habe den Preis der Unterzeichnung eines Vertrages, mit dem für die Stadt ein finanzielles Risiko von 9 Millionen € verbunden sei. Sie kündigt an, dass ihre Fraktion im nichtöffentlichen Teil diesem Vertrag nicht zustimmen werde.

Herr Lang fragt, woher die Verwaltung die Gewissheit nehme, dass der Investor Hahn sich in Bezug auf das in Rede stehende Projekt schneller bewege als bei seinen bisherigen Plänen. Dieser habe bislang weder sein ursprünglich geplantes Kinocenter noch das später angedachte Einkaufszentrum verwirklicht.

Bürgermeister Orth antwortet, dass ein Vertrag geschlossen wurde, der durch den Rat noch zu bestätigen sei.

Herr Lang möchte wissen, wer die Nachteiligkeit der konkurrierenden Planung festgestellt habe. Es sei unter anderem angeführt worden, dass die Grüne Ladenstraße vom Konkurrenzprojekt benachteiligt würde. Die Anlieger dort seien jedoch der gegenteiligen Auffassung.

Bürgermeister Orth schließt sich in seiner Beantwortung den Ausführungen von Frau Graner an. Er verweise im übrigen auf die sehr dezidierten Zielformulierungen, die die Verwaltung im Verlauf des gesamten letzten Jahres stets und ausführlich in sämtlichen dafür zuständigen Ausschüssen präsentiert habe.

Herr Lang möchte weiterhin wissen, warum nicht mit dem Zentrum an der unteren Hauptstraße zuerst begonnen werde, wenn dieses als das wichtigere gelte. Hier wisse noch niemand, was dort konkret geschehen solle.

Bürgermeister Orth antwortet, dass der Stand der Bauleitplanung ein solches Handeln derzeit nicht zulasse.

Herr Ziffus wirft Bürgermeister Orth vor, die Möglichkeit einer Behandlung der Angelegenheit in einer von seiner Fraktion beantragten Sondersitzung des Planungsausschusses und in der dieser Ratsitzung vorangegangenen Hauptausschusssitzung bewusst nicht genutzt zu haben. Somit seien Möglichkeiten versäumt worden, beide Investoren einzuladen, um der Bürgerschaft die jeweils konzipierten Projekte vorzustellen.

Herr Dr. Lahn beantragt, über den Beschlussvorschlag namentlich abzustimmen.

Herr Dr. Fischer beantragt, die Rednerliste zu schließen.

Herr Albrecht beantragt, über den Beschlussvorschlag geheim abzustimmen.

Sodann fasst der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der KIDinitiative und gegen einige Stimmen aus den Reihen von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgenden **Beschluss:**

Die Rednerliste wird geschlossen.

Herr Lang wünscht festzustellen, dass das für eine geheime Abstimmung erforderliche Quorum erreicht ist.

Sodann wird festgestellt, dass das noch der Geschäftsordnung erforderliche Quorum von einem Fünftel der Ratsmitglieder für den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Albrecht mit 22 Stimmen erreicht wurde.

Danach stellt Bürgermeister Orth fest, dass dem Antrag von Herrn Albrecht auf geheime Abstimmung Vorrang vor dem Antrag von Herrn Dr. Lahn auf namentliche Abstimmung zukomme und auf Grund des erreichten Quorums Folge zu leisten sei. Auf Anfrage von Herrn Ziffus weist er darauf hin, dass sich dies aus § 18 Absätze 4 und 5 der Geschäftsordnung ergebe.

Im Anschluss daran erläutert er den zu benutzenden Stimmzettel. Wer für den Beschlussvorschlag stimme, kreuze „ja“ an, wer dagegen stimme „nein“. Wer sich der Stimme enthalte, kreuze „Stimmenthaltung“ an.

Sodann wird über den Beschlussvorschlag geheim abgestimmt.

Danach gibt Bürgermeister Orth das Stimmergebnis bekannt. Abgegeben wurden 60 gültige Stimmzettel, was der Zahl der anwesenden stimmberechtigten Ratsmitglieder (unter Einschluss des Bürgermeisters) entspreche. Für den Beschlussvorschlag hätten 49 Ratsmitglieder gestimmt, gegen den Beschlussvorschlag 5. Der Stimmabgabe enthalten hätten sich 6 Ratsmitglieder.

Hieraus ergibt sich folgender mehrheitlicher **Beschluss:**

<-@

- @-> **Der Rat stimmt den veränderten Zielen für eine Einzelhandelsentwicklung in der Stadtmitte im Grundsatz zu und beauftragt die Verwaltung, das zur Erreichung der Ziele erforderliche Bauleitplanverfahren für den Standort "Parkhaus/ ehem. Busbahnhof" einzuleiten und mit Priorität durchzuführen.**

Herr Hagen und Herr Nagelschmidt kehren an ihre Plätze zurück.

<-@

17. **Aufhebung der Richtlinien für die Übernahme der Telefonanschlußkosten und Telefongrundgebühren durch die Stadt Bergisch Gladbach**

- @-> Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgenden **Beschluss:**

<-@

- @-> Die am 13.11.1975 vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschlossenen Richtlinien für die Übernahme der Telefonanschlußkosten und Telefongrundgebühren durch die Stadt Bergisch Gladbach (Anlage) werden zum 31. Dezember 2005 aufgehoben.

<-@

18. **Aufhebung der Richtlinien zur Förderung von Wohnraumanpassungsmaßnahmen für ältere Menschen**

- @-> Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgenden **Beschluss:**

<-@

- @-> Die am 18.05.2000 vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschlossenen und rückwirkend zum 1.1.2000 in Kraft getretenen Richtlinien zur Förderung von Wohnraumanpassungsmaßnahmen für ältere Menschen (Anlage) werden mit Wirkung vom 01.01.2006 aufgehoben.

<-@

19. **Anträge der Fraktionen**

19.1 **Antrag der Stadtratsfraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e.V. vom 02.11.2005 zur Wiederherstellung der Tempo 30-Zone in den Straßen In**

der Auen und Beningsfeld

@-> Herr Kamp begründet den Antrag. Inzwischen seien die jeweiligen rechtlichen Standpunkte ausgetauscht worden. Seine Fraktion spreche sich dafür aus, den Straßenzug In der Auen/ Beningsfeld wieder in die Zone 30 aufzunehmen.

Herr Lang geht davon aus, dass die Qualität des Straßenzuges In der Auen/ Beningsfeld in der Widmung von 1984 nicht richtig definiert wurde. Sie müsse entweder als Hauptverkehrs- oder als Anliegerstraße bezeichnet werden. Der Antrag seiner Fraktion zielt auf eine Berichtigung, nicht jedoch auf eine Teileinziehung ab. Über die o. g. Qualität bestimme der Rat. Dieser habe den Straßenzug bislang mehrheitlich als Anliegerstraße gesehen. Daraus folge, dass die Verwaltung eine Einstufung als Hauptverkehrsstraße vorzuschlagen habe, wenn sie die Problematik anders sehe. Er könne sich nicht vorstellen, dass alle Mitglieder der SPD- Fraktion nunmehr wortbrüchig würden. Er beantragt, über den Antrag in der Sache geheim abzustimmen.

Sodann lässt Bürgermeister Orth zunächst über den Antragsteil abstimmen, ob der Rat die Entscheidung an sich ziehe. Hierzu fasst dieser mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und SPD folgenden **Beschluss:**

Der Rat zieht die Entscheidung in der Sache nicht an sich.

Bürgermeister Orth stellt klar, dass aufgrund dieses Abstimmungsergebnisses die Notwendigkeit einer Entscheidung in der Sache entfalle.

<-@

@-> <-@

20. Anfragen der Ratsmitglieder

@-> 1. Anfrage zur Einhaltung der Sitzungsordnung

Herr Dr. Kassner nimmt Bezug auf das Verhalten von Herrn Lang in der heutigen Sitzung und weist darauf hin, dass dieser sowohl in seiner Haushaltsrede als auch in einer Anzeige seiner Fraktion im Bergischen Handelsblatt die Bürgerschaft zu einem verbalen Einmischen während der Abhandlung der Tagesordnungspunkte ermutigt habe. Dies widerspreche eindeutig den Vorgaben der Geschäftsordnung hinsichtlich der Sitzungsordnung. Er möchte wissen, welche Möglichkeiten der Bürgermeister habe, das benannte Ratsmitglied zu einer Einhaltung der Regelungen der Geschäftsordnung anzuhalten.

Bürgermeister Orth antwortet, dass alle Ratsmitglieder verpflichtet seien, sich an die Regelungen der Geschäftsordnung zu halten. Mit seiner Aufforderung an die Bürgerschaft, sich in Form von Wortäußerungen in die Behandlung der Tagesordnungspunkte einzumischen, sei Herr Lang deutlich über deren Kriterien hinausgegangen. Allerdings hätten die Bürger, die der Aufforderung erfolgt seien, diese Einmischung noch in einem vertretbaren Maße vorgenommen, weshalb er keine Veranlassung zu einem Eingreifen gesehen habe.

2. Anfragen zu Baumaßnahmen in der Dolmanstraße

Herr Dr. Kassner weist darauf hin, dass im Bereich der Dolmanstraße bereits seit längerem Straßenbauarbeiten im Bereich der Fahrradwege im Gange seien. Eine Nutzung des Radweges sei daher nicht möglich. Da die Arbeiten an den Baustellen bereits seit etwa 14 Tagen ruhten, möchte er wissen, ob der Bürgermeister eine Möglichkeit sehe, die Belkaw zu einer Wiederaufnahme zu bewegen.

Bürgermeister Orth antwortet, dass die Verwaltung sich mit der Belkaw in Verbindung setzen werde, um eine zügige Fortführung der Arbeiten zu erreichen.

Stadtbaurat Schmickler ergänzt, dass es sich im vorliegenden Falle um eine in den letzten Jahren gehäuft auftretende Problematik handele. Im Bereich der Odenthaler Straße gebe es das derzeit schlimmste Beispiel im Stadtgebiet, wie schlecht die Belkaw die von ihr vorgenommenen Arbeiten koordiniere und nachhalte. Für dort habe er zwar inzwischen die schriftliche Zusage, dass bereits morgen 60 Tonnen AFB aufgebracht würden. Ob sie allerdings eingehalten werde, müsse man sehen. Die Duldsamkeit der Anwohner sei äußerst stark strapaziert.

Die Verwaltung agiere aufgrund ihrer Erfahrungen in solchen Fällen inzwischen unmittelbar auf der Führungsebene, da sie der Auffassung sei, dass die Ursache solcher Problematiken in der Organisation der GEW-Rheinenergie liege. Es seien die Vorgaben dieses Versorgungsunternehmens für den Einkauf der im Rahmen von Straßenbauarbeiten zu erbringenden Leistungen, die die Probleme verursachten.

3. Anfrage zur Finanzierung der offenen Ganztagschulen

Frau Lehnert weist darauf hin, dass sie in der vergangenen Ratssitzung am 29.9.2005 eine Anfrage zur Finanzierung der offenen Ganztagschulen in Bergisch Gladbach gestellt habe. Diese Anfrage sei bislang nicht schriftlich beantwortet worden. Sie möchte wissen, wann sie ein Antwortschreiben erhalte.

Stadtkämmerer Kotulla antwortet, dass das Antwortschreiben heute versandt wurde.

4. Anfrage zur Realisierung des Autobahnzubringers auf dem ehemaligen Bahndamm

--

Frau Ryborsch bittet um schriftliche Beantwortung der Frage, ob und inwieweit die Verwaltung derzeit Leistungen in Bezug auf eine Realisierung des oben genannten Autobahnzubringers erbringe.

Bürgermeister Orth bittet um eine Konkretisierung der Anfrage. Er weist

darauf hin, dass die Verwaltung zur Umsetzung gefasster Beschlüsse verpflichtet sei.

Frau Ryborsch ergänzt, dass ihre Anfrage über den heute gefassten Beschluss zu Punkt 15 des öffentlichen Teiles hinausgehe.

Bürgermeister Orth sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

5. Anfragen zu den Abfallsammlungen im Rahmen des Dualen System Deutschland (DSD)

--

Herr Freese weist darauf hin, dass die o. g. Sammlungen von einer Privatfirma durchgeführt werden. Derzeit sei zu beobachten, dass die zur Abholung bereitgestellten gelben Säcke häufig über den Abholtag hinaus auf den Straßen verblieben. Dies führe in einigen Stadtteilen dazu, dass die Säcke aufgeschnitten werden und deren Inhalt über die Straße verteilt werde. Hieraus resultierten ein erhöhter Reinigungsaufwand sowie Verkehrsbehinderungen. Er möchte wissen, ob sich die Notwendigkeit einer Änderung des städtischen Abfuhrkalenders ergebe.

Stadtbaurat Schmickler antwortet, dass der Verwaltung die Problematik bekannt sei. Außer der Firma REMONDIS zu dieser Angelegenheit Briefe zu schreiben habe man keine Einflussmöglichkeit. Der Abfallwirtschaftsbetrieb habe vor einer Beauftragung der Firma zu nur unwesentlich höheren Kosten eine einwandfreie Abfuhr gewährleistet. Eine Änderung des Abfuhrkalenders könne er nicht empfehlen, da dieser mit den hier festgelegten Abfuhrtagen für die Bürger eine verlässliche Größe darstelle. Die Problematik sei durch die genannte Firma durch einen Einsatz von mehr Personal und mehr Fahrzeugen zu lösen, was allerdings deren Kalkulation verteuere. Die Verantwortlichen seien sich dessen durchaus bewusst, allerdings sei ihnen eine Lösung relativ egal. Der Vertrag bestehe zwischen DSD und der Firma, weshalb die Verwaltung keinen Einfluss habe.

6. Anfrage zum Gedenkstein im Park der Villa Zanders

Herr Dr. Miede weist auf die völlige Verwahrlosung des Gedenksteins im Park der Villa Zanders hin. Er möchte wissen, auf welche Weise dieses Kunstobjekt künftig besser geschützt werden könne.

Bürgermeister Orth antwortet, dass es hierzu noch keine abschließenden Überlegungen gebe. Die Möglichkeiten der Verwaltung, im Sinne der Anregung von Herrn Dr. Miede einzuwirken, seien nur eingeschränkt. Letztlich helfe nur der Appell an alle Bürger, daran mitzuwirken, dass es zu den Gedenkstein entwürdigenden Handlungen nicht mehr komme.

7. Anfrage zum Konzessionsvertrag mit der Belkaw

Herr Dr. Fischer nimmt Bezug auf die Beantwortung der Anfrage von Herrn Dr. Kassner hinsichtlich der Bauarbeiten in der Dolmanstraße und möchte wissen, ob in dem zwischen der Stadt und der Belkaw bestehenden Konzessionsvertrag eine Klausel hinsichtlich der zeitlichen Limitierung von durch die Gesellschaft durchgeführten Bauarbeiten aufgenommen werden könne. Ergänze man diese um die Möglichkeit einer Verhängung von Strafgeldern wegen Verzugs, animiere dies die Belkaw zu einer zügigeren Durchführung der Arbeiten und führe gegebenenfalls zu Einnahmen für die Stadt.

Stadtbourat Schmickler verweist hinsichtlich der rechtlichen Möglichkeiten einer solchen Ergänzung des Konzessionsvertrages auf eine schriftliche Beantwortung. Bei der Belkaw handele sich allerdings um ein öffentliches Unternehmen, in dessen Führungsgremien Personen mit Parteiangehörigkeit säßen. Hier ergebe sich ggf. eine Einwirkungsmöglichkeit.

8. Anfrage zum Doppelhaushalt 2005/ 2006

Herr Lang möchte wissen, wie hoch der soeben verabschiedete Doppelhaushalt in seinen Einnahmen und Ausgaben sei.

Bürgermeister Orth antwortet, dass sich diese Zahlen aus der Tischvorlage ergäben.

9. Anfrage zu den Möglichkeiten der Gewährleistung eines reibungslosen Verkehrsablaufs im Falle von Straßenbaumaßnahmen

--

Herr Jung nimmt Bezug auf die desaströse Durchführung der Arbeiten in der Odenthaler Str. und regt an, sich künftig bereits im Vorfeld solch umfangreicher Arbeiten mit allen Beteiligten abzustimmen, um einen reibungslosen Verkehrsablauf während der Maßnahmen zu gewährleisten. Es könne nicht angehen, dass während eines langen Zeitraumes von Straßenbauarbeiten diesbezüglich, aber auch im Hinblick auf die Belästigungen der Anlieger, kaum etwas geschehe. In der Odenthaler Straße würden vor allen Dingen die Geschäftsleute massiv behindert. Es sei nicht hinzunehmen, dass nach der Fertigstellung des einen Gewerkes das folgende so lange wie dort beobachtet auf sich warten lasse. Er bittet um eine schriftliche Beantwortung, da viele Bürger im politischen Raum angefragt hätten und es notwendig sei, ihnen eine offizielle Antwort der Verwaltung zu präsentieren.

Stadtbourat Schmickler sichert zu, diesem Wunsch zu entsprechen. Seine Information hinsichtlich der morgigen Aufbringung des AFB entspringe mehrfachen persönlichen Gesprächen mit dem bei der Belkaw zuständigen Abteilungsleiter für Rohrleitungsmaßnahmen. Die von Herrn Jung angeregten Absprachen seien selbstverständlich getroffen, nur alle nicht eingehalten worden. Es habe immer wieder Veränderungen gegeben. Das eigentliche Geschehen finde auf der Baustelle statt und sei durch die Ver-

waltung nicht beeinflussbar. Es würden zwar regelmäßige Kontrollen durchgeführt, zum Teil auch in der Freizeit der städtischen Mitarbeiter, jedoch könnten solche nicht ständig erfolgen. In deren Rahmen seien bereits jetzt Mängel festgestellt worden, die durch die Verantwortlichen im kommenden Jahr zu beseitigen seien.

10. Anfragen zu Überlegungen des Rates der Stadt Köln hinsichtlich einer Klage gegen die GEW- Rheinenergie und zu Feinstaubmessungen der Bundesanstalt für Straßenwesen (BAST)

--

Herr Ziffus weist darauf hin, dass der Rat der Stadt Köln eine Klage gegen die GEW- Rheinenergie wegen der schlechten Koordinierung und des schleppenden Bauablaufs so vieler Baumaßnahmen im Straßenraum auf Schadensersatz über die im dortigen Konzessionsvertrag getroffenen Regelungen hinaus geprüft, aber letztlich verworfen habe. Hintergrund sei, dass es sich bei dem benannten Unternehmen um eines der Stadt Köln selbst handele, so dass dies letztlich auf eine Selbstklage hinausgelaufen wäre. Dieser Hinderungsgrund liege jedoch im Falle von Bergisch Gladbach nicht vor, da es sich bei der Belkaw um ein nichtstädtisches Unternehmen handele. Hier könne eine Klage auf Entschädigung als Mittel zur Druckausübung durchaus Erfolg haben.

Des weiteren habe die Bundesanstalt für Straßenwesen (BAST) im vergangenen Jahr bei Messungen entlang der Autobahn Grenzwertüberschreitungen in Bezug auf den Feinstaub gemessen. Die Verwaltung habe die Jahresberichte jährlich bei der Bundesanstalt angefordert. Er stellt hierzu folgende Fragen:

- a) Liegen der Verwaltung diese Jahresberichte vor? Falls ja, bitte er um eine entsprechende Berichterstattung in der kommenden Sitzung des Fachausschusses.
- b) Werde die Grenzwertüberschreitung durch die Berichte bestätigt?
- c) Was gedenke die Verwaltung gegen die Überschreitung der Grenzwerte zu unternehmen?

Stadtbaurat Schmickler sichert eine schriftliche Beantwortung der gestellten Fragen zu.

(Anmerkung der Verwaltung: Eine Rückfrage bei der Stadt Köln hat ergeben, dass die Ausführungen von Herrn Ziffus hinsichtlich der Prüfung einer Klage in der formulierten Form nicht zutreffen. Es wurde lediglich eine Klage geprüft, ob über die Konzessionsabgabe hinaus zusätzliche Zahlungen für die bleibenden Schäden am Straßenkörper eingefordert werden könnten. Dabei war der angestrebte Entschädigungsbetrag allerdings im Verhältnis zum Volumen der Konzessionsabgabe marginal. Die GEW-Rheinenergie hat entsprechende Zahlungen mit Verweis auf verbotene verdeckte Gewinnausschüttungen abgelehnt.)

11. Anfrage zur Qualität der Gelben Säcke

Herr Zalfen möchte wissen, ob der zwischen der Stadt und der Belkaw bestehende Konzessionsvertrag um eine Regelung zur Gewährleistung eines Mindestqualitätsstandards der Gelben Säcke ergänzt werden könne. Diese seien minderwertig verarbeitet, so dass sie sehr leicht aufrissen und anschließend wieder geflickt werden müssten.

Stadtbourat Schmickler antwortet, dass die schlechte Qualität der Gelben Säcke neben der Nichteinhaltung der Abfuhrtermine Hauptgegenstand der Beschwerden sei. Eine diesbezügliche Regelung im Konzessionsvertrag sei hier jedoch nicht möglich. Es liege ein Rechtsverhältnis zwischen dem Dualen System Deutschland (DSD) und der Firma REMONDIS vor, auf dessen Ausgestaltung die Stadt keinen Einfluss habe. Daher sei auch diesen Beschwerden städtischerseits nicht abzuhelpfen. Die seinerzeit vom Abfallwirtschaftsbetrieb verwendeten Säcke seien durchaus von besserer Qualität gewesen.

12. Anfrage zum Gedenktag an die Reichspogromnacht (9.11.)

Herr Hoffstadt weist darauf hin, dass seit einigen Jahren im Bereich des bereits problematisierten Gedenksteins im Park der Villa Zanders jeweils am 9.11. aus Anlass der Reichspogromnacht eine private Gedenkfeier stattfindet. Seiner Auffassung nach reiche diese durchaus sehr würdige Veranstaltung jedoch nicht aus. Es müsse in Bergisch Gladbach eine vom Rat verantwortete zentrale Veranstaltung zu diesem Termin und Thema geben. Die Veranstalter der privaten Gedenkfeier würden dies aufgrund ihres bereits sehr fortgeschrittenen Alters sehr begrüßen. Er möchte wissen, ob der Bürgermeister dem Rat diesbezüglich einen Vorschlag unterbreiten könne. Es sei nicht notwendig, für eine solche Feier einen großen Aufwand zu betreiben. Der Rat solle nur dokumentieren, dass er hinter einer solchen Veranstaltung stehe. Nur dann könne man entsprechend werben und dafür Sorge tragen, dass sich die Schulen angemessen beteiligten.

Bürgermeister Orth antwortet, dass es in Bergisch Gladbach zwei Veranstaltungen anlässlich des Gedenkens an die Reichspogromnacht gebe. Zudem werde in Bergisch Gladbach jährlich am 27. Januar der Holocaustgedenktag im Rahmen einer städtischen Veranstaltung unter Einbindung der Schulen begangen. Die Anregung von Herrn Hoffstadt sei durchaus bedenkenswert, wenngleich er den Eindruck habe, dass die Veranstaltung am 9.11. im Park der Villa Zanders auch ohne städtische Beteiligung gut funktioniere. Er sichert zu, den Vorschlag in der nächsten Sitzung des Ältestenrates zur Sprache zu bringen. Seiner Auffassung nach sei es im vorliegenden Fall nicht erforderlich, dass der Rat die Angelegenheit an sich ziehe.

13. Anfragen zu den Gelben Müllsäcken, zu den Zuständen im Park der Villa Zanders und zum Personalwesen

--

Herr Schütz stellt folgende Fragen:

- a) Stelle ein Aufreißen der Gelben Müllsäcke mit der Folge einer Verteilung des Mülls über die Straße eine Ordnungswidrigkeit dar, gegen die die Verwaltung mit der Verhängung von Bußgeldern einschreiten könne?
- b) Ihm sei zugetragen worden, dass im Bereich des Konrad- Adenauer-Platzes und des Parks der Villa Zanders Personen mit Drogen handelten. Habe die Verwaltung Maßnahmen eingeleitet, dies zu verhindern?
- c) Welche Maßnahmen sehe die Personalverwaltung vor, Mitarbeiter, die sich durch gute Leistungen ausgezeichnet hätten, in besonderer Weise zu würdigen? Gebe es auf der anderen Seite auf Grund des durch die Sparmaßnahmen gestiegenen Arbeitsdrucks Beschwerden durch die Mitarbeiter, die in der Personalverwaltung thematisiert würden oder Gegenstand von Berichten des Personalrates seien?

Bürgermeister Orth antwortet zu b), dass die Problematik der Verwaltung bekannt sei und alle zu beteiligenden Dienststellen und Behörden zu deren Lösung herangezogen würden. Dies betreffe auch die Polizei.

Stadtkämmerer Kotulla ergänzt, dass in der kommenden Woche ein Gespräch zwischen dem städtischen Jugendamt, der Polizei und dem Fachbereich 3 stattfinde, um die Problematik einer Lösung zuzuführen.

Zu c) antwortet Bürgermeister Orth, dass Handlungen zur Auszeichnung von verdienten Mitarbeitern zu Führungskultur der Verwaltung gehörten. Hierzu gebe es entsprechende interne Regelungen. Die jüngste Maßnahme in diesem Zusammenhang sei es gewesen, Jubilare und ausgeschiedene Mitarbeiter in die Villa Zanders einzuladen.

14. Anfrage zur mobilen offenen Jugendarbeit

Frau Schmidt Bolzmann weist darauf hin, dass der Bus der mobilen offenen Jugendarbeit regelmäßig jede Woche auf dem Konrad- Adenauer-Platz vor dem Eingang des Parks der Villa Zanders geparkt werde, damit die hier tätigen Mitarbeiter ihre Aufgabe erfüllen könnten. Sie möchte wissen, ob diese den Jugendlichen die Bedeutung des Gedenksteins im Park vermitteln könnten, damit er nicht mehr zweckentfremdet werde. Zudem sei zu prüfen, ob der Bus nicht an einer anderen Stelle des Platzes abgestellt werden könne.

Stadtkämmerer Kotulla antwortet, dass die Aufgabe der mobilen offenen Jugendarbeit durch einen freien Träger durchgeführt werde. Er sichert zu, die Anregungen nach dorthin weiterzuleiten.

15. Anfrage zur Parkraumbewirtschaftung in Refrath

Herr Galley weist darauf hin, dass es in Refrath eine besonders intensive Parkraumbewirtschaftung gebe. Er möchte wissen, wie hoch pro Jahr die hierdurch erzielten Einnahmen der Stadt sind.

Bürgermeister Orth schlägt vor, diese Frage im Kontext der Behandlung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes zu beantworten, dass auf der Tagesordnung der kommenden Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr stehe.

Hiermit ist Herr Galley einverstanden.

16. Hinweis zur Baumaßnahme Odenthaler Straße

Frau Koshofer weist darauf hin, dass die Belkaw die Gewerke für die Baumaßnahme Odenthaler Straße mit zu engen finanziellen Vorgaben ausschreibe. Dies bewirke, dass die ausführenden Firmen mit ihren Kalkulationen nicht klar kämen und während der Ausführung in Konkurs gingen. Mit dem durch eine solche Handlungsweise eingesparten Geld fördere die Belkaw anschließend das Bergisch Gladbacher Stadion und lasse dieses auch noch nach sich benennen.

Bürgermeister Orth stellt Zustimmung zu diesen Ausführungen fest.

17. Anfrage zu den nichtöffentlichen Teilen von Rats- und Ausschusssitzungen

--

Herr Schwamborn fragt nach der Sinnhaftigkeit nichtöffentlicher Teile in den Rats- und Ausschusssitzungen, wenn deren Inhalte ohnehin am kommenden Tag in den Tageszeitungen nachzulesen seien.

Bürgermeister Orth verweist als Antwort auf die einschlägigen Vorschriften der Gemeindeordnung.

18. Anfrage zum Zustand des Peter- Bürling- Platzes

Herr Kamp kritisiert den immer größer werdenden Schaden im Straßenbelag des Peter- Bürling- Platzes. Er möchte wissen, wie die Verwaltung diesen Schaden begrenzen wolle.

Stadtbaurat Schmickler antwortet, dass entsprechende Überlegungen derzeit angestellt würden. Er geht davon aus, dass der Schaden innerhalb der nächsten Monate behoben wird.

19. Anfrage zum Stadion

Herr Lang weist auf einen Leserbrief in den Zeitungen hin, nach dessen Inhalt 100.000 € als Spende an die SSG 09 gingen und die Stadt 7% von den erzielten Werbeeinnahmen erhalte. Sei es richtig, dass die Stadt Eigentümerin des Geländes sei und daher selbst die Spende hätte einnehmen können?

Bürgermeister Orth antwortet, dass die Stadt Eigentümerin des Stadion-Geländes sei. Dennoch hätte sie den von Herrn Lang benannten Betrag nicht ohne weiteres vereinnahmen können. Es sei vielmehr ein Vertrag über Werbung geschlossen worden, der der Stadt Einnahmen bringe.

<-@

Bürgermeister Orth schließt die öffentliche Sitzung.